



Der Beauftragte der Bundesregierung
für die Belange der Patientinnen und Patienten
sowie Bevollmächtigter für Pflege

Herrn
Josef Spritzendorfer
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der
Europäischen Gesellschaft für gesundes
Bauen und Innenraumhygiene e.V.
Am Bahndamm 16
93326 Abensberg

Karl-Josef Laumann

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 62, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 18 441-3420

FAX +49 (0)30 18 441-3422

E-MAIL Karl-Josef.Laumann@bmg.bund.de

INTERNET www.pflege-patientenrechte.de

Berlin, 12. November 2014

Sehr geehrter Herr Spritzendorfer,

Ihre E-Mail vom 22. Oktober 2014, in der Sie Ihren Unmut über die mangelhafte Betreuung Umwelterkrankter und MCS-Betroffener äußern, habe ich dankend erhalten. Gern bin ich bereit, Ihnen zu antworten.

Nach den Vorgaben des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) hat jede gesetzlich krankenversicherte Person im Krankheitsfall einen Anspruch auf die medizinisch notwendige Versorgung. Dieser Anspruch umfasst die Versorgung nach den Regeln der ärztlichen Kunst auf der Grundlage des allgemein anerkannten Standes der medizinischen Erkenntnisse im Umfang einer ausreichenden, zweckmäßigen und wirtschaftlichen Versorgung.

Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, bedarf es im ambulanten Bereich der Sicherstellung der medizinischen Versorgung durch Haus- und Fachärzte, die den einzelnen Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) obliegt. Somit haben die KVen dafür zu sorgen, dass in den Bundesländern genügend spezialisierte Umweltmediziner zur ärztlichen Versorgung zur Verfügung stehen. Im Übrigen sind die Vertragsärztinnen und -ärzte verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen, die zum Leistungsspektrum der vertragsärztlichen Versorgung gehören, durchzuführen oder zu verordnen. D.h. Kassenleistungen dürfen gesetzlich Krankenversicherten nicht vorenthalten werden.

Die meisten Schwierigkeiten gebe es – laut der Auswertung Ihrer Beratungshotline – bei der Suche nach medizinischen Ansprechpartnern. Hierzu kann ich Ihnen mitteilen, dass sich Betroffene an die jeweils zuständige KV, ihre Krankenkasse oder auch an Selbsthilfegruppen wenden können. Auskünfte über die Kontaktdaten von Selbsthilfegruppen erteilt die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) in 10585 Berlin-Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 115.

Zur Verbesserung der Situation in puncto Forschung und Information haben das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) 1999 das *Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG)* ins Leben gerufen. Denn Menschen brauchen eine Umwelt, in der sie gesund leben können. Um dieses Ziel zu unterstützen, kooperieren mehrere Ministerien und Bundesoberbehörden¹ im Rahmen des APUG.

Im Mittelpunkt des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) stehen:

- Die verstärkte Aufklärung der Bevölkerung über umweltbedingte Gesundheitsrisiken und gesunde Ernährungsweisen.
- Forschungsprojekte, (z.B. zur Schadstoffbelastung und –empfindlichkeit von Kindern und Jugendlichen oder zur chemischen und biologischen Belastung von Innenräumen sowie zu Lärm, Strahlung, Umweltmedizin), die sich mit umweltbedingten Gesundheitsrisiken beschäftigen, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene noch besser vor Gesundheitsrisiken durch Umwelteinflüsse zu schützen.
- Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die vor schädlichen Umwelteinflüssen geschützt und der Einfluss von Schadstoffen auf den kindlichen Organismus untersucht werden soll. Denn Maßnahmen, die Kinder schützen, kommen gleichzeitig dem Schutz der gesamten Bevölkerung zu Gute. Damit unterstützt das Aktionsprogramm eine Politik der nachhaltigen Entwicklung.

Ich hoffe, ich konnte mit diesen Informationen für mehr Transparenz sorgen.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Josef Laumann

¹ Die beteiligten Bundesoberbehörden sind das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das Robert Koch-Institut (RKI) und das Umweltbundesamt (UBA). Die Geschäftsstelle ist im Umweltbundesamt angesiedelt.